

Erscheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil.
Die Seite . . . 15 Goldpfennige
Familienanzeigen . . . Goldpfennige
b) im Reklameteil.
Die Seite . . . 50 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen kommen 50% Zuschlag.

Für Plakatschriften kann keine Gewähr übernommen werden.

Gerihtsstand für beide Teile ist Calw.



Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

Bezugspreis:
In der Stadt 40 Goldpfennige wöchentlich, mit Traglohn.
Postbezugspreis 40 Goldpfennige ohne Bestellgeld.

Schluss der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Sprechstunde Nr. 9.

Verantwortliche Schriftleitung:
Friedrich Hans Schiele.
Druck und Verlag der A. Oelschläger'schen Buchdruckerei.

Nr. 282

Montag, den 5. Oktober 1925.

99. Jahrgang

Der Auftakt zur Paktkonferenz.

Deutschlands Wille zur Befriedigung Europas.

Rundgebung der deutschen Delegationsführer.

U. Locarno, 5. Okt. Die deutsche Delegation veranstaltete gestern vormittag eine kurze Besprechung mit der deutschen und bald darauf mit der ausländischen Presse. Diese Besprechung hatte den Zweck, sich persönlich kennen zu lernen, um für die Zusammenarbeit zwischen Delegation und Presse die Grundlage zu schaffen.

Reichskanzler Dr. Luther und Außenminister Dr. Stresemann nahmen an den beiden Zusammenkünften nach der Begrüßung und der Besprechung einiger technischer Angelegenheiten durch den Presseschef der Reichsregierung, Ministerialdirektor Dr. Kiep, das Wort.

Reichskanzler Dr. Luther

betonte, man könne nicht von ihm verlangen, daß er bereits eine Programmrede halte, bevor die Konferenz überhaupt eröffnet sei. Die deutsche Delegation lege besonderen Wert darauf, an dem großen Werk, das hier in Locarno für Deutschland und Europa zustande gebracht werden solle, in engem Zusammenarbeiten mit der Presse zu arbeiten. Bei der Besprechung mit den Ausländern unterstrich der Reichskanzler, daß hierzu auch die ausländische Presse gehöre, denn es handle sich hier in Locarno um einen Aufgabenkomplex, der neben den Interessen der beteiligten Länder auch die Interessen Europas, sogar der ganzen Welt eng berühre. So wie alle Dinge im Leben sich von Mensch zu Mensch vollzögen, müßten Delegation und Presse auch jetzt menschlich zusammenwirken, um das große Ziel zu erreichen, einen wirklichen Frieden herzustellen.

Die deutsche Delegation, so unterstrich der Reichskanzler mit besonderem Nachdruck, gehe mit dem besten Willen an die Konferenz heran. Aus der Entwicklung der Konferenzfragen wisse man, daß Deutschland sich nach dieser Richtung hin bemüht habe, dazu beizutragen, daß der wirkliche Frieden geschaffen werde.

Dieser wirkliche Frieden sei aber nur möglich, wenn alle Vertreter der verschiedenen Länder auf der Grundlage der Gleichberechtigung und Gleichachtung verhandelten.

An erster Stelle handle es sich um den großen Fragenkomplex, der durch das deutsche Memorandum vom 9. Februar angeschnitten worden ist, also um alle Fragen, die mit dem Sicherheitsproblem und den Schiedsgerichtsverträgen zusammenhängen. Auf den besonderen Wunsch der Entente ist das ganze Gebiet der Völkerverbindungen mit hineingezogen worden. Für Deutschland hängt die Möglichkeit, den wirklichen Frieden zu schließen, auch mit der besonderen Lage zusammen, in der es sich befindet, denn es ist zu einem erheblichen Teil noch und auf lange Zeit hinaus besetzt.

Deutschland hat abgerüstet, während seine großen Nachbarn noch nicht abgerüstet haben.

Die deutsche Delegation tritt, wie die gesamte Reichsregierung mit dem besten Willen an die Konferenz heran, und sie wird alles tun, was in ihren Kräften steht, um das Ziel der Konferenz zu erreichen, das notwendig ist für den politischen und wirtschaftlichen Aufbau der Welt. Wir sind fest überzeugt, daß auch die Vertreter der Länder mit dem gleichen guten Willen kommen, um gemeinschaftlich mit uns die großen Fragen zu lösen, die hier zur Erörterung stehen. Ungeachtet dessen sind natürlich die Schwierigkeiten sehr groß. Da aber der gute Wille immer die Hauptvoraussetzung und die wesentlichste Grundlage dafür ist, etwas zustande zu bringen, darf man gewiß die Hoffnung hegen, daß die Konferenz für alle Teile zu einem erträglichen und wünschenswerten Abschluß führt.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann

ging zunächst auf einige Anfragen ein, die ihm vor der Besprechung nahegelegt worden waren. Namentlich betonte er, daß die Darstellung, als ob die deutsche Delegation das Hotel Esplanade gewählt habe, um sich zu isolieren, jeder Grundlage entbehre.

Wenn wir eine Politik der Isolierung hätten treiben wollen, erklärte der Minister, dann wären wir überhaupt nicht nach Locarno gekommen. Man kann wohl sagen, daß die Zeit einer Politik der Isolierung für jede Macht vorbei ist.

Uebrigens hatte auch eine andere Großmacht (womit der Außenminister England meinte) versucht, hier unterzukommen, und das ist nur darum gescheitert, weil die Räume nicht ausreichen, nachdem die deutsche Delegation ihre Unterkünfte bereits belegt hatte. Schon aus dieser frühzeitigen Vorbereitung könne man wohl ersehen, mit welchem Optimismus Deutschland ans Werk gehe. Tatsächlich sei der russische Außenminister Schitsherin krank, aber es sei natürlich, daß der russische Außenminister seine Reise auch dazu benütze, in Warschau

und Berlin politische Besprechungen zu pflegen. Der Besuch in Berlin habe selbstverständlich Veranlassung gegeben, die politischen Fragen ausführlich zu besprechen, die für Rußland und Deutschland zur Erörterung ständen.

Wir haben zunächst einmal, so führte Dr. Stresemann aus, die Fragen bereinigt, die in den Verhandlungen über den Handelsvertrag seit zwei Jahren zwischen uns bestanden. Diese Verhandlungen sind nicht nur wichtig für die beiden Beteiligten, sondern für ganz Europa. Denn es handelt sich doch darum, daß hier zum erstenmal zwischen zwei Staaten von so politischen Daseinsformen ein Vertrag abgeschlossen worden ist, der zweifellos in seinen Grundlagen ein Modell für die Verhandlungen der übrigen Staaten mit Rußland geben wird. Man hat uns gesagt, es sei die Quadratur des Kreises, einen solchen Vertrag zustande zu bringen, und bementprechend auch die Schwierigkeiten und die lange Zeit der Verhandlungen, die nun zu Ende geführt sind. Wir haben unsere Unterhändler beauftragt, den Vertrag zu unterzeichnen, wobei es allerdings noch der Genehmigung durch den Reichstag bedarf. Es ist aber grundfalsch, die Besprechungen mit dem russischen Außenminister oder diesen Vertrag als eine Art Handgranate für Locarno hinzustellen. Es ist keine Sensation, daß bei dieser Gelegenheit auch die Frage des Verhältnisses Deutschlands zum Völkerverbund und zu den Westmächten durchgesprochen wurde. Daß divergierende Auffassungen bestehen, ist bekannt.

Schitsherin hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß Rußland dem Völkerverbund in seiner jetzigen Gestalt nicht beitreten werde.

Die deutsche Haltung ist durch unsere Note bekannt. Unser Standpunkt hat sich nicht geändert. Ich bedaure, daß ein Teil der Presse von einer West- oder Ostorientierung spricht.

Für uns gibt es weder eine Orientierung nach dem Westen, noch wollen wir über Rußland den Weg zu einer Verständigung nach der anderen Seite hin verbarrieren lassen.

Auf die Dauer aber werden Deutschland noch andere Länder an der Tatsache Rußlands vorbeigehen können, an der Tatsache, daß eine große Nation von Hundert Millionen Einwohnern, ein Land von großen wirtschaftlichen Möglichkeiten, eine Evolution durchmacht, die mit der Zeit zur Annäherung der verschiedenartigen Richtungen führen wird. So hat auch Frankreich an Rußland ein erhebliches Interesse. Gerade weil auf uns unerhörte schwere Verpflichtungen ruhen, die zunächst durch das Londoner Abkommen festgesetzt wurden, mußten wir durch wirtschaftliche Abmachungen mit Rußland die Basis für unsere Wirtschaft und unseren Außenhandel schaffen.

Deshalb brauchen wir Frieden in der ganzen Welt und ein Europa ohne Sanktionen.

Europa muß wieder gutmachen, was der ganze Erdball verloren hat, was er verloren hat, 1. an Menschen, 2. an landwirtschaftlichen Gütern und Möglichkeiten und 3. an technischen Einrichtungen. Diese Verluste werfen unseren ganzen Erdball zurück, wenn es uns nicht gelingt, in friedlicher Entwicklung nicht die frühere Hegemonie, aber die Gleichberechtigung gegenüber anderen Erdteilen wieder herzustellen.

Das ist der Grundgedanke, der über der ganzen Konferenz ruht, der wir zu einem Erfolg verhelfen wollen.

Zum Schluß sprach Reichsaußenminister Dr. Stresemann im Einvernehmen mit dem Reichskanzler der Schweizer Presse und den Behörden dieses Landes sowie der Stadt Locarno den aufrichtigen Dank aus, den die Reichsregierung für die Vorbereitungen und die Aufnahme empfinde.

Presseempfang bei den alliierten Außenministern.

U. Locarno, 5. Okt. Um 6 Uhr nachmittags empfing gestern der französische Außenminister Briand die französische Presse. Nach einigen kurzen Begrüßungsworten entwickelte er die Richtlinien, die die französische Delegation während der Locarnoer Konferenz innehalten wolle. Er erklärte, daß er mit dem ehrlichen und festen Willen gekommen sei, einen Frieden zu schließen, dessen Europa und die ganze Welt so dringend bedürfen. Er sprach die feste Hoffnung aus, daß die Konferenz von Locarno zu einem guten Ende führen werde.

Um 6.30 Uhr empfing der englische Außenminister die englische Presse. Auch er unterstützte den ehrlichen und festen Willen der britischen Regierung, die von dem glücklichen Ausgang der Konferenz von Locarno das Heil für die Völker Europas erhoffe. England werde mit allem Nachdruck dafür eintreten, daß auf der Konferenz die ehemaligen Alliierten und Deutschland auf dem Fuße der völligen Gleichberechtigung verhandeln.

Wie aus französischer Quelle verlautet, ist eine Vereinbarung getroffen worden, daß in der ersten gemeinsamen

Tages-Spiegel.

Die deutschen Delegationsführer haben in Locarno die deutsche und ausländische Presse empfangen und eine programmatische Rundgebung erlassen.

Die erste gemeinsame Besprechung der Konferenzteilnehmer wird voraussichtlich heute nachmittag um fünf Uhr in Locarno stattfinden. Man erhofft allgemein eine baldige Veröffentlichung des Resultates der Londoner Juristenkonferenz.

Die voraussichtliche Dauer der Paktkonferenz wird auf etwa 10 bis 14 Tage angesetzt. Trotz der großen zu überwindenden Schwierigkeiten wird von allen Delegationen ein harter Optimismus zur Schau getragen.

Ministerpräsident Painleve sprach in einer öffentlichen Rede über die deutsch-französische Verständigung und das Marokkoproblem.

In Damaskus kam es zu schweren Ausschreitungen gegen französische Militärpersonen.

Die polnische Regierung hat in der Schweiz eine 25 Millionen Franken-Anleihe aufgenommen.

Der deutsche Flugzeugführer Ferdinand Scholz hat bei einem internationalen Wettfliegen in Feodosija Arim den Weltrekord im Gleitflug besiegt.

Sitzung der alliierten Außenminister mit den deutschen Regierungsvertretern Chamberlain den Vorsitz führen wird. Vermutlich wird der Vorsitzende in den späteren Sitzungen wechseln, wie das bereits während der Londoner Konferenz im Sommer 1924 der Fall war. Da Bundesrat Motta verhindert ist, im Namen der schweizerischen Regierung bei der Eröffnung der Konferenz die ausländischen Staatsmänner zu begrüßen, wird der Syndikus von Locarno eine kurze Ansprache im Namen der schweizerischen Bundesregierung halten.

Wie verlautet, wird die erste offizielle Besprechung am Montag Vormittag 11 Uhr stattfinden. Um 9.30 Uhr vormittags wird am Montag Chamberlain die ausländische Presse empfangen.

Painleves Locarno-Prolog.

U. Paris, 5. Oktober. Bei der Enthüllung eines Denkmals hat Painleve gestern eine Rede gehalten, in der er auf die bevorstehende Ministerkonferenz zu sprechen kam. Die deutsch-französische Aussöhnung, so führte der Redner aus, ist der Eckstein der europäischen Zivilisation. Trotz des Jahrhunderts alten Grolles ist eine solche Aussöhnung möglich, wenn die beiden Völker den Willen haben, dem gegenseitigen Mißtrauen ein Ende zu machen und sich dazu entschließen, an ihre gegenseitige Aufrichtigkeit zu glauben. In diesem Geiste wird die französische Regierung in Locarno das kühnste Experiment wagen, das seit Abschluß des Waffenstillstandes zur Herbeiführung eines wahrhaften Friedens unternommen wurde.

Deutsch-französische Fühlungnahme in Locarno.

U. Locarno, 5. Oktober. Gestern vormittag erschien im Auftrage des französischen Außenministers Briand Professor Alart im Esplanade-Hotel, um die erste Fühlung mit der deutschen Delegation aufzunehmen. In den Mittagstunden fand ein reger Meinungsaustausch zwischen der deutschen und französischen Delegation über die äußere Form des Konferenzanfangs am Montag statt.

Verhandlungen über das Konferenzprogramm.

U. Berlin, 5. Oktober. Der „Montag“ meldet aus Locarno: Staatssekretär v. Schubert suchte im Laufe des gestrigen Nachmittags die Chefs der britischen und der französischen Delegation auf, um das Programm der Konferenz zu besprechen, insbesondere, um auch die technischen Fragen der Verhandlungsgegenstände zu verhandeln.

Schwere Ausschreitungen in Damaskus.

(U.) Konstantinopel, 5. Okt. Bei der Feier des Geburtstages Mohameds kam es in Damaskus zu schweren Unruhen, die sich in erster Linie gegen die Franzosen richteten, aber auch allgemein christenfeindlichen Charakter trugen.

Bestellen Sie das „Calwer Tagblatt“!

Kleine politische Nachrichten.

Tschitscherin und Stressemann. Die eingehenden Unterhaltungen zwischen dem Reichsaußenminister Dr. Stressemann und dem russischen Volkskommissar Tschitscherin, die sich auf alle politischen und wirtschaftlichen Fragen beider Länder bezogen, sind am Freitag fortgesetzt und abgeschlossen worden.

Tschitscherin und Deutschlands Eintritt in den Völkerbund. Tschitscherin bezeichnete gegenüber einem Vertreter der „Wostischen Zeitung“ den Artikel 16 als die Kernfrage der Verhandlungen von Locarno. Jede Teilnahme Deutschlands auch nur an wirtschaftlichen Abschließungen gegenüber Rußland würde dem Geist des Rapallovertrages zuwiderlaufen.

Der deutsch-russische Handelsvertrag. Zum Abschluß des deutsch-russischen Handelsvertrages wird noch berichtet, daß den russischen Exterritorialitätsforderungen für die Handelsvertretungen in Berlin und Hamburg in gewissem Maße entgegengekommen wurde, daß der Vertrag das Prinzip der Meistbegünstigung, allerdings unter Ausschluß der Oststaaten der Sowjet-Union, enthält und Rußland ein Einfuhrkontingent von 40 000 Schweinen zugestanden wurde. Nach Abschluß des Vertrages soll sofort über einen neuen Zolltarif verhandelt werden.

Abreise der Delegationen nach Locarno. Briand ist am Freitagmorgen über Lausanne nach Locarno abgereist, die deutsche Delegation hat am Freitagabend Berlin verlassen. Am Samstag begab sich die englische Delegation und die unter Führung von Scialoja und Grandi stehende italienische Delegation nach Locarno.

London und Tschitscherin. Die Londoner Presse beurteilt zwar von ihrem Standpunkt aus die Verhandlungen Tschitscherins ziemlich optimistisch, läßt aber unverkennbar eine namhafte Beunruhigung durchblicken.

Caillaux' Abreise. Der französische Finanzminister Caillaux hat Amerika verlassen, nachdem der Abschluß eines endgültigen Schuldenvertrages in letzter Stunde gescheitert ist und das in Aussicht genommene Provisorium noch der Zustimmung des französischen Kabinetts bedarf.

Die Mossulfrage. Die englische Presse beschäftigt sich eingehend und sichtlich erregt mit den Nachrichten über militärische Vorbereitungen der Türkei. Kolonialminister Amery erklärte, er glaube nicht an eine Kriegsfahrt; wenn sie aber bestehe, sei sie höchstens durch hysterische Furcht englischer Zeitungsbesitzer erzeugt worden.

Der Marokkokrieg. Die Spanier melden nunmehr offiziell die Einnahme von Ajdir. In Madrid herrscht großer Jubel.

Die Deutschenverfolgungen in Südtirol. Die italienischen Chauvinisten verlangen in Südtirol jetzt auch die obligatorische Einführung des italienischen Gottesdienstes und die Unterjogung der Führung ausländischer akademischer Titel.

Der Leipziger Spionage-Prozess. Im Spionageprozeß gegen Mosziska und Genossen verhängte das Reichsgericht über Mosziska eine Strafe von 12 Jahren Zuchthaus, 10 Jahren Ehrverlust und dauernde Stellung unter Polizeiaufsicht, gegen die übrigen Angeklagten Strafen von 4 Jahren Gefängnis bis 9 Jahren Zuchthaus mit ähnlichen Nebenstrafen.

Reichsregierung und Kriegsschuldaktion.

Berlin, 3. Okt. Die Reichsregierung veröffentlicht eine offiziöse Aussäufung über ihre Stellungnahme zu der jüngsten Aktion in der Kriegsschuldfrage. Gegenüber der Auffassung, daß die Antworten der Ententeregierungen einen Mißerfolg darstellen, wird betont, daß in den Kreisen der Reichsregierung niemand eine zustimmende Antwort auf die deutschen Erklärungen erwartet habe. Es werde noch geraume Zeit und langwieriger Aufklärungsarbeit bedürfen, bis die Schuldfrage eine von allen Mächten anerkannte Klärung findet. Für die Reichsregierung habe es sich darum gehandelt, vor Beginn der Verhandlungen über den Sicherheitspakt noch einmal die Ablehnung des erzwungenen Versailler Schuldbekenntnisses durch das deutsche Volk und den Anspruch auf volle Gleichachtung und Gleichberechtigung nicht nur in den äußeren Formen, sondern auch in der inneren Einstellung zum Ausdruck zu bringen. War auch seit 1919 schon wiederholt der Vorwurf der Kriegsschuld zurückgewiesen worden, so habe sich die Reichsregierung zu ihrem Schritt doch um so mehr veranlaßt gesehen, als einmal die Erklärung des Reichskanzlers Marx vom 29. August 1924 noch nicht amtlich zur Kenntnis der Vertragspartner gebracht war, zum zweiten, von den Alliierten der Sicherheitspakt aufs engste mit dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund verknüpft wird, er nicht denkbar wäre, wenn er als ein stillschweigendes Sichabfinden mit dem Schuldpruch von Versailles gedeutet werden könnte. Die Reichsregierung habe das Ziel, das sie allein im Auge hatte, durch Ueberzeugung und Entgegennahme ihres Memorandums erreicht und gegenüber den Antworten der Entente genüge der Hinweis auf die lückenlose Aktienpublikation des deutschen Auswärtigen Amtes. Die Reichsregierung werde an diesem Standpunkt festhalten und niemals einen politischen Akt vollziehen, der als Anerkennung einer moralischen Belastung irgendwie angesehen werden könnte. Sie werde das sowohl bei einem etwaigen Eintritt in den Völkerbund, der sein Friedensziel nur erreichen könne, wenn sich alle Mitglieder auch moralisch als gleichberechtigt anerkennen, wie auch dann, wenn es nicht zu dem Eintritt kommt, den übrigen Signatarmächten des Versailler Vertrages zum Ausdruck bringen.

Keine Gehaltserhöhung für die Beamten.

Berlin, 2. Oktober. Der Reichsfinanzminister von Schlieffen hat gestern die Führer der Beamtengewerkschaft empfangen und ihnen erklärt, daß er bei aller Anerkennung der Notlage der Beamten nicht in der Lage sei, die geforderte allgemeine Erhöhung der Beamtengehälter oder auch nur die Bewilligung einer einmaligen Notstandsbeihilfe zuzulassen.

Auf der einen Seite seien die Steuern bereits auf das höchste angepannt, die Steuer-Eingänge gehen nur mehr schleppend vor sich und unter diesen Umständen könne an eine Steuer-Erhöhung um so weniger gedacht werden, als sich die Wirtschaft ohnehin in einer schweren Krise befinde. Der Haushalt des Reiches könne aber nicht mit Mehrausgaben belastet werden, ohne daß Aussicht bestehe, sie durch mehr Einnahmen auszugleichen. Andererseits würde eine Gehaltserhöhung auch entsprechende Lohnbewegungen in der Privatwirtschaft zur Folge haben, sowie Erhöhungen der Rentenbezüge usw. und dadurch würde die Preissteigerungsaktion der Reichsregierung wieder zunichte gemacht werden. Auch der Reichsbankpräsident habe mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage eindringlich von einer Gehaltserhöhung gewarnt. Dagegen sagte der Reichsfinanzminister zu, daß die Frage einer mehrmonatlichen Vorauszahlung der Beamtengehälter nochmals geprüft werden soll.

Die Vertreter der Beamtengewerkschaften erklärten, daß sie die Verantwortung für alle Konsequenzen des Verhaltens der Reichsregierung ablehnen müssen, und werden nun unter sich weitere Beratungen über ihre Stellungnahme zu der neugeschaffenen Lage abhalten.

Der Marokko-Konflikt.

Paris, 5. Okt. Der französische Ministerpräsident Painlevé sprach am Samstag in einer öffentlichen Rede über das Marokko-Problem und gab eine Darstellung der Vorgänge, die zu dem gegenwärtigen Konflikt geführt hätten. Frankreich und Spanien hätten über ein Autonomieangebot an Abd el Krim selbstverständlich nicht hinausgehen können. Das Rifgebiet würde für den Fall, daß die völlige Unabhängigkeit gesichert würde, zu einem Tummelplatz von Abenteurern und Nationalisten der vertriebenen Länder werden, die augenblicklich nur eine Handvoll seien, aber sehr bald zu einer Region anwachsen würden. Keine der Mittelmeerermächte könne eine solche Gefahr dulden. Für Frankreich würde sie geradezu schädlich sein. Painlevé gab dann das franko-spanische Autonomie-Angebot vom 18. Juli bekannt. Es heißt darin: 1. Die französische und spanische Regierung sind bereit, den Rifleuten und den Schehallas jede Autonomie zu gewähren, soweit dies mit den bestehenden internationalen Verträgen vereinbar ist; 2. beide Regierungen erklären sich bereit, ausführliche gemeinsame Verhandlungen zur Herbeiführung des Friedens und zur Intraffizierung des neuen Regimes zu eröffnen.

Die wesentlichen Punkte der Verhandlungen sollen sein: 1. Gegenseitige Auswechslung der Gefangenen, 2. volle gegenseitige Amnestie, rückwirkend vom 1. Januar 1921 ab, 3. Festlegung des autonomen Verwaltungsgebietes, 4. Umgrenzung der Gebiete, die als autonom angesehen werden, 5. Bestimmungen der Grenztruppen, die in den betreffenden Gebieten mit der Aufrechterhaltung der Ordnung beauftragt werden, 6. Die Handelsfreiheit wird in den betreffenden Gebieten nach Maßgabe der bestehenden Verträge, besonders der Zollabkommen zugesichert, 7. Waffen- und Munitionshandel bleibt verboten.

Siegesstimmung in Madrid.

Madrid, 5. Oktober. Ueber die Einnahme von Ajdir durch die spanischen Truppen herrscht in Madrid allgemeine Feststimmung. Alle Fenster der Hauptstraßen sind festlich beleuchtet. Der König erschien vor der auf dem Schloßplatz versammelten Menge und begrüßte sie vom Balkon. Der König und die Mitglieder des Direktoriums haben an Primo de Rivera Glückwunschtelegramme abgeschickt, in denen die Hoffnung ausgesprochen wird, daß mit der Einnahme Ajdirs der erste Schritt zur völligen Unterwerfung Abd el Krims gemacht worden sei. Primo de Rivera hat vom Kriegsschiff „Alfonso VIII.“ die Operationen der Truppen bei Alhucemas verfolgt.

Aus aller Welt.

Bielefeld. Etwas von den Autokennzeichen. Jeder Regierungsbezirk in Preußen und Bayern, die sächsischen Hauptkreismannschaften und die Oberämter in Württemberg, einzelne Provinzen und Freistaaten haben ihr besonderes Kennzeichen vor der eigentlichen Nummerzahl des Autos. Die Preußen haben den Vorkurs, sich durch eine römische 1 bemerkbar zu machen. Die Berliner müssen sich selbst durch ihre Autozeichen allein kund und zu wissen tun, daß bei ihnen alles „prima“ ist! So tragen die Berliner Automobile das Zeichen „LA“. Ganz logisch ist die Nummerierung nicht durageschrieben, denn sonst hätte man in der Hansestadt Bremen, sondern München, der Stadt des Hofbräuhauses ein „HA“ zugeteilt. Auch läßt sich streiten, welche Gegend Deutschlands am humoristischsten ist. Nach der Kennzeichnung der Automobile muß es Hamburg sein, denn die Hamburger Aufschütter laden mit ihrem „HH“ ins Gesicht. Geringe Schulleistung müssen wohl die Babener aufweisen, denen die Note „IV B“ zuerkannt ist. Die Bessen haben sogar eine V erhalten, eine „Küchensichtlosigkeit“, die man sich wohl nur den „blinden Hesse“ gegenüber ungestraft erlauben darf. Mehr Etikette hat man den Pommeren gegenüber gewährt, denen man das Prädikat „Ihre Hochwohlgeboren“ durch ein „IH“ gegeben hat. Der einzige Landesteil, der jedem das Rätselraten erspart, ist das Saargebiet. Hier tragen die Schilder vor der Nummer die Bezeichnung „Saar“. Die Reichspost verfährt mit der Kennzeichnung ihrer Automobile in eine Weise, die sie in ganz anderem Sinne auch in einer anderen Sparte ihres Betriebes verwendet. Die Postautomobile tragen ein „R.P.“ Im Telegrammbetrieb, der bekanntlich seiner internationalen Bedeutung wegen die Amtsbeurteile der französischen Sprache entnimmt, bedeutet „R.P.“ Réponse payée — Antwort bezahlt.

Berlin. Ultraphon, eine beachtenswerte deutsche Erfindung. Dem deutschen Heinrich Küchenmeister ist es gelungen, Erkenntnisse zu gewinnen, die zur Auffindung einer neuartigen Theorie auf dem Gebiete der künstlichen Tonreproduktion geführt haben. Er ging von der wissenschaftlichen Theorie des Dualismus der Wahrnehmung aus und konstruierte einen Tonreproduktionsapparat, dem er den Namen Ultraphon gab. Die Eigenart des Apparates liegt in der mehrfachen Anwendung von gleichen Tonschwingungen, die dem Menschen das mehrdimensionale naturnotwendige Hörenwollen von Tönen gebildet ermöglicht. Die Küchenmeisterische Theorie wird sicher auf den Gebieten der Radiophonie, der Telegraphie, Telephonie, des sprechenden Films und des Musikinstrumentenbaus noch bedeutsame Auswirkungen zeitigen. Kürzlich fanden in Berlin Vorführungen des neuen Apparates statt, die alles hielten, was sich Erfinder und Publikum von ihm erwartet haben.

Karlsbad. Gattenmord aus Habsucht. Im Juli 1. J. wurde in einem Walde bei Elbogen das Skelett einer Frau, das mit Laub bedeckt gewesen war, gefunden. Infolge der Durchlöcherung des Schädels, die offenbar durch Schüsse herbeigeführt worden war, nahm man an, daß ein Mord vorliege. Die Nachforschungen blieben jedoch ohne Erfolg. Erst jetzt tauchte gegen den 27 Jahre alten Oswald Leit aus Elbogen der Verdacht auf, daß er seine junge Frau ermordet habe. Diese war eine Tochter des Landwirtes Fied aus Hubitschan. Leit, der in Tischnern verhaftet wurde, gestand nach zweitägigem Verhör, daß er am 14. Mai 1925 seine 26 jährige Gattin durch zwei Revolvergeschüsse getötet und die Leiche seines Opfers im Walde verborgen habe. Nunmehr wurde festgestellt, daß das im Sommer aufgefundenen Skelett dasjenige des Mordopfers ist. Es handelt sich um ein vorbereitetes Verbrechen aus Habsucht. Die Ermordete war nämlich Mitbesitzerin eines Grundstückes, das der Mörder erben und dann verkaufen wollte.

Eger. Schweres Fliegerunglück. Auf dem hiesigen Militärflugplatz ereignete sich ein schweres Fliegerunglück, dem zwei junge Soldaten zum Opfer fielen. Die Pilotenschüler Franz Kwapil und Alois Perwinka stiegen zu gleicher Zeit in je einem Flugzeuge auf. In beträchtlicher Höhe stießen die Flugmaschinen festlich zusammen und stürzten senkrecht zu Boden. Die Flugzeuge wurden vollständig zerschmettert und unter den Trümmern lagen die furchtbar verstümmelten Leichen der beiden Soldaten.

Prag. Verbotene Priester-Kandidaturen. Wie die „Mor. Politika“ melden, ist vom Vatikan ein Verbot ergangen, demzufolge Kandidaturen in das Abgeordnetenhaus in der Tschecho-Slowakei den Ordenspriestern überhaupt verboten und die Kandidaturen für Weltgeistliche auf jene Personen beschränkt werden, die schon bisher gefestigten Körperchaften als Mitalieder angehört haben.

Wien. Der angestrichene Goldfisch. Ein Vorfall, der vielleicht den Ausspruch Ben Affbas: „Alles schon dagewesen!“ stützen könnte, beschäftigte das Bezirksgericht Fünfhaus. Der Goldfischhändler Johann Wallisch hatte sich dort wegen eines eigenartigen Betrages zu verantworten. Er hatte nämlich einem Kunden um 15 000 Kronen einen Goldfisch verkauft. Die Freude des Käufers über den munteren Fisch dauerte nicht lange. Schon am nächsten Tage schwamm das Tier auf dem Rücken. Alle Wiederbelebungsversuche, auch Ausschneiden von Salz, waren vergeblich. Das Auffallende dabei war noch, daß das Wasser in dem Behälter ganz rot war und auch die Hände des Kaufers — so hieß der Goldfischhändler — dieselbe Farbe annahm, als er das Fischlein herausnahm. Es bestand bei ihm kein Zweifel: es war ein gewöhnlicher Weißfisch, der durch Anstreichen mit roter Farbe in einen Goldfisch umgewandelt und ihm als solcher angehängt worden war. Der Angeklagte nahm diese Beschuldigung mit größter Erregung entgegen und behauptete, daß diese Art von Fischer — es soll ein Goldfisch gewesen sein — immer ein bißchen abfärben, wenn sie mit Salz befreut werden. Er führte sein Geschäft schon jahrzehntlang und habe noch nie einen Anstand gehabt. Durch diese Affäre sei er aber in Verzug geraten, man nenne ihn in der ganzen Gegend den „Anstreichermeister“. Schließlich wurde dieser Straffall gütlich beigelegt, indem Wallisch über Aufforderung dem Anzeiger die 15 000 Kronen zurückerstattete, worauf ein Freispruch erfolgte.

Saaz. Rosenkranz und Leimrute. In der hiesigen Petanalkirche kniete ein andächtiger Vater. In den Händen hielt er einen Rosenkranz und tief senkte er das mit weißen Haaren bedeckte Haupt. Dann schaute er um sich — er war allein. Und nun ging eine merkwürdige Verwandlung mit dem frommen Vater vor. Er packte aus einem Papier eine Weidenrute, beschmierte sie mit Vogelklein, näherte sich vorsichtig dem Opferstod und steckte die Leimrute durch den Einwurfschlit. Er angelte — zuerst Papiergeld; das war leider nicht viel, denn die reichen Leute gaben nichts und die armen haben kein Geld. Aber auch Hartgeld blieb an der Leimspille haften und wurde vorsichtig herausbegehrt, wobei der fromme Mann sich als Notunter bewies. Aber da sah ihn plötzlich der Kirchenbedienter, der ihn schon längst beobachtet hatte, am Stragen und führte ihn auf die Polizeiwache, wo er seine Schandtat ruhig eingestand. Er legitimierte sich als wiederholt vorbestrafter Mottenbruder und erklärte schließlich, das Betteln trage heutezulage nichts mehr ein, aufgehängt wolle er sich auch nicht, was solle er also weiter machen als stehen. Der liebe Gott brauche kein Geld, der werde ihn schon verstehen. In dieser Weise phantasierte er auch noch weiter, als er sich langsam auf dem Wege zum Bezirksgerichte nach Saaz befand.

Brünn. Der unfreiwillige Luftpassagier. Dieser Tage flog ein Militärflieger von Pilsen nach Prag. In Südmähren zwang ihn ein Motorfehler, niederzugehen. Nach Behebung des Schadens konnte der Pilot den Motor allein nicht in Gang bringen, und er hat deshalb den Wirtschaftsbefitzer Griml, in der Maschine einen Hebel in dem Augenblicke niederzudrücken, wo der Pilot vorne den Propeller in Bewegung setzte, wodurch der Motor in Leerlauf hätte kommen sollen. Doch die Sache kam anders. Während der Pilot beim Propeller stand, machte Griml den verabredeten Griff und das Flugzeug erhob sich — zu früh. Der entsetzte Flieger konnte es nicht mehr erreichen. Doch schien dem Flugzeug der neue Lenker nicht zu behagen, denn nach einigen hundert Metern ließ es sich zur Erde nieder und zwar nicht auf die gewohnte Weise, sondern es stellte sich auf der Kofi und warf den neugeborenen Piloten hinaus.

Newyork. Ford als Idenndieb. Ein früherer Beamter des amerikanischen Schahamtes, Meere, hat gegen den Autokönig Ford eine Klage erhoben. Er beschuldigt ihn, ihm eine Idee gestohlen zu haben. Er habe vor etwa einem Jahre Ford ein Projekt vorgelegt, wodurch der Autoabsatz bedeutend vermehrt werden solle. Es habe sich um Kreditkäufe gehandelt, in den die Autoaspiranten aufgefördert werden sollten, wofür ein fester Betrag dem zuständigen Fordagenten zu bezahlen, der dadurch zum Bankier vorrücken sollte. Dadurch wäre es möglich gewesen, ein Automobil unter dem Wertverkaufspreis abzugeben, indem es geliefert werden könne, sobald die Einzahlung so weit fortgeschritten wäre, daß die aufgelaufenen Zinsen den Betrag vervollständigen würden. Obgleich Ford diesen Plan ablehnte, hat er dieses System kurz darauf in Anwendung gebracht. Meere fordert nun einen Gewinnanteil an den Geschäften, die dank seiner Idee inzwischen von Ford gemacht wurden.

Aus Stadt und Land

Calw, den 5. Oktober 1925.

Vom Rathaus.

Stadtschultheiß Götner eröffnet die öffentliche Sitzung um 4 1/2 Uhr. Es wird sogleich in die Tagesordnung eingetreten. Die Vorberhandlungen für die Einrichtung einer Kraftfahr-Linie nach Neuwiler sind nunmehr zum Abschluß gekommen. Unternehmer der Linie wird Lörcher-Neuwiler. Der Gemeinderat beschließt, dem Unternehmer zur Beschaffung eines Wagens 6000 Mark darlehensweise zu gewähren. Die Geldbeschaffung hat, wie bereits mitgeteilt, der Gemeindeelektrizitätsverband Teinach übernommen, sodaß die Stadt lediglich die Zinsspanne zu tragen hat, während sich die Gemeinden Oberollwangen und Neuwiler zur Uebernahme der Bürgerschaft verpflichtet haben. Die neue Verkehrslinie wird von Neuwiler über Oberollwangen und Teinach nach Calw führen. Somit wird auch die letzte der 3 Kraftwagenlinien in Betrieb genommen werden und ist dann eine bessere Verkehrsverbindung mit den Walddörfern kaum denkbar. Ein Gesuch Wurster-Agenbach um Gewährung eines Darlehens zur Inbetriebnahme einer Verkehrslinie Agenbach-Würzbach-Calw wird abschlägig beschieden, da die Verbindung Würzbach-Calw bereits besteht und der letzteren hierdurch Konkurrenz erwachsen würde. Mehrere Mitglieder des Gemeinderats äußern den Wunsch, die Abfahrtszeiten der bereits verkehrenden Kraftwagen in Calw baldigst öffentlich bekanntzugeben. — Der allgemeine städt. Fuhrpark wird an Fuhrunternehmer Adolf Ziegler vergeben, welcher weitaus das billigste Angebot eingereicht hat. — Ein Baugesuch des Malermeisters Karl Kirchherr findet trotz Einspruch des Nachbarnanliegers Genehmigung. — Ein Gesuch des Baumaterialienhändlers Alfred Pfeiffer um ein städt. Darlehen von 8000 M. und Abtretung eines Bauplatzes am Kapellenberg zur Erstellung eines Doppelwohnhauses wird nach langer Debatte, an der die G. R. Pfeiffer, Haile, Baenschle, Stör, Scholl sich beteiligen, im Interesse der Wohnungsnot genehmigt. G. R. Baenschle beantragt, bei der Vermessung des abzugebenden Grundstücks eine Breite von 3 Metern für den später zu erweiternden Weg nach dem hohen Felsen einzubehalten. — G. R. Autenrieth klagt über die Verunreinigung des Stadtbildes am Beginn der Saufsteig durch die Ablagerung von städt. Baumaterial. Abhilfe wird vom Vorsitzenden zugesagt. — Nach Verwilligung einer Wohnungsprämie für eine Dreizimmerwohnung beschäftigt sich der Gemeinderat mit dem Arbeitsplan für den unteren Brühl. Es wird beschlossen, das Pachtverhältnis mit sofortiger Wirkung aufzulösen und den Platz für städt. Zwecke zu verwenden. Die Fäkalienablagung, welche notgedrungen mehrmals auf dem Brühl und im Krappen erfolgte und mehrfach Anlaß zu Klagen gab, wird in Zukunft unterbleiben. — Der Gemeinderat nimmt hierauf von einem Gesuch der Bewohner der unteren Inselstraße Kenntnis, in welchem über die Verkehrsstörungen und die Gefährdung der Sicherheit des Fußgängerverkehrs und des Eigentums durch den starken Lastwagenverkehr in der Inselstraße Klage geführt wird. G. R. Sannwald bestätigt, daß der Verkehr in der Inselstraße sehr stark ist und daß bereits mehrfach durch rücksichtsloses Fahren Beschädigungen verursacht worden sind; längere Zeit andauernde Verkehrsstörungen seien in der engen Straße öfters zu beobachten. G. R. W. a. l. d. schilbert eingehend die Verhältnisse in der Inselstraße und gibt dem Wünsche Ausdruck, auch die Anlieger der Straße möchten von sich aus für mögliche Freihaltung der Fahrbahn Sorge tragen. Der Vorsitzende verspricht entsprechende Schritte zur Regelung des Verkehrs in der Inselstraße zu unternehmen; ein Fahrverbot komme nicht in Frage; dagegen müsse das Stehenlassen von Wagen verboten werden. Im Anschluß hieran wird sodann ein Vorschlag des Vorsitzenden, die Fahrgeschwindigkeit für Kraftfahrzeuge innerhalb der Stadt durch eine Verordnung herabzusetzen, besprochen. Nach längerer Debatte, an der die G. R. Sannwald, Pfeiffer, Stör, Mah, Frommer und Autenrieth teilnahmen, erklärt der Gemeinderat sein Einver-

ständnis, daß die Fahrgeschwindigkeit innerhalb der Stadt von 30 auf 20 Kilometer ermäßigt und an unübersichtlichen Straßenkreuzungen Warnungstafeln mit entsprechenden Aufschriften angebracht werden. — Dem Kaninchenzüchterverein wird auf Ansuchen für die demnächst stattfindende Herbstausstellung ein städt. Beitrag von 30 M. bewilligt. — Der Vorsitzende gibt Kenntnis davon, daß im kommenden Winter auf dem Windhof ein Feuerwerk angelegt wird. Die Anlage ist als Notstandsarbeit geplant. — Nachdem Frau G. R. Conz über mangelhafte Gasversorgung Klage geführt, die nach Angabe des Vorsitzenden ihren Grund in den unzureichenden alten Rohrleitungen findet, stellt G. R. Haile eine Anfrage betr. Preisentlastung der Strom- und Gaspreise wie sie die Preisentlastung der Reichsregierung vorseht. Der Vorsitzende erklärt hierauf, daß bei der finanziellen Lage der Stadt Werke an eine solche nicht zu denken sei. Eine Anfrage von G. R. Haile, betreffs Senkung der Preise für Brot und Kleingebäck führt zu einer lebhaften Auseinandersetzung, in welcher G. R. Frommer den Standpunkt der Bäckermeister darlegt und energisch vertritt.

Wetter für Dienstag und Mittwoch.

Der Hochdruck im Westen bedingt einen ziemlich hohen Barometerstand. Die Depression im Nordosten verursacht jedoch vielfach Trübungen. Für Dienstag und Mittwoch ist vorwiegend trockenes und auch zeitweilig aufsteigendes Wetter zu erwarten.

(G. R.) Pforzheim, 5. Okt. Im Fabrikarwesen der Gebrüder Nagel brach ein Brand aus. Das Feuer war aus unbekannter Ursache im Vergoldungsraum ausgebrochen, verbreitete sich über den Ankleiberraum des Personals und bedrohte das übrige Anwesen. Die Feuerwehr beseitigte die Gefahr. Der Schaden ist ziemlich groß.

(G. R.) Heilbronn, 5. Okt. Die Verhandlungen mit Großgartach über den Anschluß an das Gaswerk Heilbronn haben zu einem positiven Ergebnis geführt. Der Vertrag ist bereits beiderseitig unterzeichnet. Verhandlungen mit weiteren Gemeinden sind im Gange.

(G. R.) Neckar-Süd, 5. Okt. Die Leitung der Neckar-Südmer Fahrzeugwerke hat laut „Neckar-Süd“ die Entlassung von 1000 Arbeitern angekündigt. Die Arbeitszeit ist bereits verkürzt und soll bis auf 3 Tage in der Woche eingeschränkt werden. Die Firma erklärt, daß sie Aufträge habe, daß ihr aber die Betriebsmittel fehlen, um das Werk in dem bisherigen Umfang weiterzuführen. Die Entlassungen sollen in Abteilungen zu je 200 Mann pro Woche vor sich gehen. Auf die wirtschaftliche Lage des Einzelnen soll besondere Rücksicht genommen werden.

Eingefandt.

Für die unter dieser Rubrik gebrachten Veröffentlichungen übernimmt die Schriftleitung nur die presserechtliche Verantwortung.

Zum kommenden Reichsschulgesetz.

Vom Bezirkslehrerverein Calw wird uns geschrieben: Um das auf der vierjährigen Grundschule aufzubauende Volksschulwesen einheitlich für das ganze Reich zu ordnen, ist schon seit Jahren ein Reichsschulgesetz geplant. Dieses soll Grundzüge für die ins Einzelne gehende gesetzliche Regelung in den verschiedenen Ländern aufstellen. Vor einigen Wochen ist nun ein Entwurf zu einem Reichsschulgesetz bekannt geworden, der im Reichsinnenministerium ausgearbeitet wurde. Die dort getroffenen Bestimmungen sind zuweilen von den katholischen Mächten Deutschlands der Reichsregierung abgetrotzt worden. Die Schulbehörde des Staates soll unter Bruch der Reichsverfassung beseitigt und die Volksschule, und nur sie, unter die zahlreichen Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften aufgeteilt werden.

Mehrere große Parteien mit Einschluß der Deutschen Volkspartei haben den Entwurf abgelehnt. Die Mehrheit der Länder hat anlässlich einer Besprechung des Entwurfs in Leipzig gegen ihn Stellung genommen. Auch die württ. Lehrerschaft, auf tiefste erschrocken über den geplanten Frevel an Schule und Volk, erhebt ihre warnende Stimme. Die evang. theologische Fakultät der Universität Tübingen wird um eine Entscheidung darüber angerufen werden, ob die geplante Zerreißung und Verkirchlichung der Volksschule mit wahrhaft evangelischem Geiste vereinbar sei bürger zum entschlossenen Kampf auf gegen den beabsichtigten

oder nicht. Die württ. Lehrerschaft ruft die deutschen Staatsverfassungsbrüche, gegen die Beseitigung der staatlichen Schulhoheit, gegen die Auslieferung des Schulwesens an die verschiedenen Weltanschauungs- und Religionsgemeinschaften, gegen die Vernichtung der Gewissensfreiheit, gegen die Beseitigung des gleichen Rechts der Gemeindebürger im Bildungswesen, gegen die Verwahrung von allgemeinen Steuermitteln zur Einrichtung leistungsfähiger Sonderschulen. Sie bezeichnet es als ein staatsgefährliches Unternehmen, in einem niedergezretenen und innerlich zerrissenen Volke die inneren Gegensätze zu verschärfen und durch Schulmaßnahmen zu vertiefen, statt durch Pflege der Volksgemeinschaft in einer allgemeinen Volksschule und durch stärkere Betonung der nationalen Bildungsgüter den Willen zur staatlichen Einheit zu wecken und zu stärken.

Aus Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Berliner Briefkurse.

1 holl. Gulden	690,5
1 franz. Franken	195,1
1 schweiz. Franken	810,9

Ueberseeische Auswanderung aus Württemberg 1920 — 1925

Nach Mitteilungen des württ. Stat. Landesamts betrug nach der Reichsstatistik die Ueberseeische Auswanderung aus Württemberg im Jahr 1920 14 Personen, 1921 919, 1922 2441, 1923 12 706, und 1924 5061; im ersten Halbjahr 1925 1343. Nach einer württ. Statistik betrug die Auswanderung aus Württemberg einschließlich der europäischen Binnenwanderung im Jahr 1920 1869, im Jahre 1921 1490, 1922 3118, 1923 15450, 1924 7497 und im ersten Halbjahr 1925 866.

Produktenbörse und Marktberichte des Landwirtschaftlichen Hauptverbandes Württemberg und Hohenzollern e. V.

Stuttgarter Obst- und Gemüsemarkt vom 3. Oktober.

Tafeläpfel 15—23; Schüttel-, Fall- und Mostäpfel 7—10; Spalierbirnen 40—50; Tafelbirnen 20—40; Tafeltrauben 25 bis 35; Preiselbeeren 35—40; Pflirsche 50—60; Quitten 15 bis 20; Nüsse 30—40; Zwetschgen 20—26; Kartoffeln 4—5; Endiviensalat 8—15; Wirsing 6—7; Silberkraut 3—4; Bohnen 20—30; Kopfsalat 8—12; Weißkraut rund 3—4; Rotkraut 6 bis 8; Blumenkohl 20—70; rote Rüben 7—10; gelbe Rüben 7 bis 8; Karotten 8—12; Zwiebel 8—10; Rettiche 3—6; Sellerie 10—20; Tomaten 15—20; Spinat 15; Mangold 10—12.

Calwer Wochenmarkt.

Bei dem letzten Samstag stattgefundenen Wochenmarkt wurden folgende Preise bezahlt: Kartoffeln 4—4.50 M., Wirsing 12, Weißkraut 12, Rotkraut 15, gelbe Rüben 20, Spinat 40, Zwiebel 20, Blumenkohl 50—100, Rettiche 5—10, Bohnen 30 bis 40, Endivien 15—25, Kopfsalat 10, Gurken 15—20, Tomaten 35, Aepfel 25—35, Birnen 35—40, Zwetschgen 25—30, Trauben 35—40, Rosenkohl 20—40, Landkraut 3.50—3.80 M. pro Ztr., Tafelbutter 2.40, Landbutter 2.10—2.20 M., Eier 16 bis 18 Pfg.

Schweinepreise.

Balingen: Milchschweine 28—42, Läufer 45—55 M. Güllingen: Milchschweine 20—30, Läufer 46—70 M. — Hall: Milchschweine 28—41, Läufer 63 M. — Dehringen: Milchschweine 34—41 M. — Balingen a. G.: Milchschweine 25 bis 45, Läufer 107 M. je das Stüd.

Fruchtpreise.

Balingen: Dinkel 13.50—14, Weizen 15.50, Haber 9.50 bis 11 M. — Nagold: Weizen 13—14, Dinkel 10, Gerste 12 bis 12.50, Roggen 12—12.50, Haber 8.50—11 M. — Tübingen: Dinkel 9—11, Haber 9—10, Weizen 12—13, Gerste 10.20—11, Saatkorn 11.50—12, alter Ulber Haber 12.80 M. — Urach: Dinkel 8.50—12.50, Gerste 11—13.25, Haber 10—13.50, Gerste 11—13.25, Haber 10—13.50, Weizen 13—14.50, Roggen 11 bis 12.80, Kernen 14.50 M. pro Ztr.

Liebe kleine Limokoa

FRED ANDERSENS HOLLENFAHRT

Roman u. Otfried von Herzstein

(25. Fortsetzung)

„Lassen Sie nicht, Mister! Wieviel Männer hat eine unglückliche Liebe ins Verderben gerissen und doch — Gold ist stärker als Liebe — viel stärker! Gold ist der furchtbarste Dämon der Welt!“
„Aberdings!“
„Was wissen Sie von Gold? Haben Sie miterlebt, wie ich, wie die Menschen in die Wüste laufen? Dem sicheren Tode entgegen? Einer dem anderen nicht traugend? Kommen Sie mit, dann zeige ich Ihnen solch einen Wahnsinnigen.“
Der Doktor folgte mit heimlich klopfendem Herzen. Ein nettes lauberes Krankenhaus — eine freundliche Schwester — ein weißes Bett.
Auf dem Lager lag ein Mann. Er konnte nicht auf sein, wenn auch das lockige, wirre Haar schon grau schimmerte. Seine Züge waren regelmäßig und konnten schön gewesen sein. Seine Hände waren eingefallen und von tiefen Furchen durchzogen. Seine hageren Hände, die die Finger länger erscheinen ließen, als sie waren, zitterten auf der Decke. Die tief in den Höhlen liegenden Augen waren geschlossen.
Der Anblick ergriff den Deutschen. Fremd schien ihm dieses Gesicht, und doch — er wollte es nicht gestehen — bekannt!
„Was fehlt dem Mann?“
„Hundert Kleinigkeiten. Hundert Wunden, die ihm die Wüste gerissen, und — er ist irre geworden.“
Der Kranke öffnete die Augen. Es mußten schöne, blaue Augen gewesen sein, die zu dem dunklen Kopf interessant wirkten. Jetzt war ihr Bild unklar und flackernd. Er sah den Arzt und den vor Erregung bebenden Dr. Böttner teilnahmslos an, dann ruhte sein Auge auf der pflegenden Schwester. Ein leises, inniges Lächeln trat um seinen Mund, er breitete die Arme:
„Limokoa!“
Er richtete sich auf, starrte die Schwester an, dann schüttelte er traurig den Kopf.
„Nein, nein!“
Er warf sich in die Kissen und schluchzte krampfhaft. Böttner war außer sich.
„Wie hieß das Wort, das er sprach?“
„Limokoa, es muß ein Name sein!“
Jetzt wunderte sich die Schwester, daß der fremde Mann sie gar nicht drängte und selbst an das Bett trat. Er beugte sich über den Kranken.

„Fred Andersen!“
Die matten Augen blinzelten.
„Fred Andersen, ich bringe Ihnen Grüße von Limokoa!“
Er dachte nicht daran, daß es gegen die Sitte verstieß, wie er die Dame mit Vornamen nannte, aber es verhehlte die Wirkung nicht; jener richtete sich auf und starrte Böttner in das Gesicht.
„Limokoa, meine liebe, kleine Limokoa!“
Böttner nieste bei ihm.
„Sie sehnt sich nach Ihnen! Werden Sie gesund, Mister Andersen! Reisen Sie zu ihm! Ich selbst will Sie hinbringen! Sie liebt Sie doch so unendlich!“
Er sah ihn an und schüttelte den Kopf.
„Ich darf nicht ohne das Gold kommen. Wo ist es?“
„Denken Sie nicht an das Gold.“
Er wurde wieder erregt.
„Gesund will ich werden. Doktor, machen Sie mich gesund und dann will ich das Gold holen und dann — nicht eher — nein — nein —“
Der Arzt winnte.
„Ganz wie Sie wollen, aber jetzt müssen Sie schlafen.“
„Das will ich.“
Böttner trat ein angstvolles Leuchten in sein Auge und er winkte Böttner heran.
„Wissen Sie? Hat Limokoa gesagt, wo das Gold ist?“
„Sie hat gar nicht von dem Golde gesprochen. Nur von ihrer Sehnsucht nach Ihnen.“
„Gut. Jetzt will ich schlafen. Grüßen Sie Limokoa. Wenn ich das Gold habe, bleibe ich bei ihm. Immer! Immer! Weißt du noch, Limokoa? Kleine, liebe, süße Limokoa, das Lager auf dem Grunde des Meeres? Weißt du noch, Limokoa, meine liebe, liebe Limokoa!“
Er hatte die Augen geschlossen und streichelte leise Böttners Hand. Er glaubte nun wohl, sie selbst sei an seinem Lager. Der Arzt stand auf.
„Kommen Sie, er schläft. Das Morphium, das ich ihm vorher gegeben, wirkt.“
Während Böttner in tiefster Erschütterung hinausging, blieb der Arzt noch einen Augenblick bei dem Kranken, dann kam er ihm nach und trug ein Paket in der Hand.
„Sie sind müde, Mister?“
„Ich werde sicher in dieser Nacht nicht schlafen.“
„Ich muß im Krankenhaus bleiben. Morgen werde ich Sie bitten, mir zu erzählen, wie seltsam hier wieder einmal Gott Zufall waltete und was Sie von dem Kranken wissen. Hier habe ich bei ihm etwas gefunden. Es scheint eine Art Tagebuch, aber ich hatte weder Zeit noch Ruhe, hineinzusehen. Da Sie die Gattin des Kranken zu kennen scheinen — es ist immer, so weit ich bei flüchtigem Durchblättern erlah, von dieser Limokoa die Rede. Entweder sind es Erlebnisse, wie sie kein anderer Mensch erlebte,

oder Phantasien eines kranken Hirns. Ich denke, es ist in diesem Falle keine Indiskretion, wenn ich es Ihnen gebe. Wollen Sie es lesen?“
„Gern!“
„Morgen früh möchte ich es zur Hand haben. Vielleicht wird er es fordern, wenn er morgen noch etwas fordern kann.“
„Sie meinen?“
„Solche Krankheiten sind unberechenbar, aber vielleicht geben die Aufzeichnungen uns einigen Aufschluß.“
„Ich lese sie gern.“
Sie traten noch einmal in das Krankenzimmer. Fred Andersen lag auf dem Rücken und atmete still und friedlich. Um seinen Mund lag ein glückliches Lächeln.
Böttner nickte still.
„Armer, verblendeter Mann!“
Er nahm das Heft und ging durch die düsteren Straßen zu seinem Hotel zurück. Dort war es lebhaft. Eine rote Tanzmusik auf einem verstimmtten Klavier. Wilde, fragwürdige Gestalten, die mit Dirnen tanzten. Ewald Böttner ging in sein Zimmer und riegelte sich ein. Er stellte die Kerze zurecht, legte sich auf sein Lager und schlief das Heft auf.
Eine klare, feste Schrift. Der Geist war zum wenigsten nicht verwirrt, als das Heft begann. So schrieb kein Irreer!
Und während drunten der Lärm wuchs und endlich verstumte, während es still wurde in Yuma und auch vom Fort die letzten Signale verhallten, während die Stimmen der Wüste, die weit herüberklangen, sich mit dem Rauschen des mächtigen Colorado zu leisem Geisterraunen vereinten, las Ewald Böttner das merkwürdigste Buch, das jemals Menschenaugen lasen: Die Aufzeichnungen Fred Andersens — das Schicksal der kleinen Limokoa.

Siebentes Kapitel.

Fred Andersens Tagebuch.

„Ich will ein Tagebuch führen. Nein, ich will nicht, ich muß! Wer würde mir sonst glauben, was mir geschah? Wie sollte ich es später selbst glauben, wenn die Erinnerung nicht mehr stark ist in mir?“
Seitdem ich davon überzeugt bin, daß ich es schreiben muß, zermartete ich mir den Kopf, mit welcher Zeit ich beginne. Ein Tagebuch, das ein Bild geben soll über das Gesicht eines Menschen, soll beginnen mit seiner Geburt. Ich aber bin zweimal geboren, habe zwei Leben geführt. Das eine war kurz, begann schön und voller Hoffnungen und Pläne, aber es endete schrecklich. Es war ein verlorenes Leben, denn ein böser Geist hatte Macht gewonnen über mich und riß mich ins Unglück, und dieser böse Geist hieß Maud Allen.

(Fortsetzung folgt.)

Zur Revision der Gemeinde- und Bezirksordnung.

In einer im September in Stuttgart unter dem Vorsitz von Stadtschultheiß Sayer Beschlusse im stattgefundenen Tagung haben die Bezirksvertreter des Württ. Gemeindeguts auf ein von Verwaltungsdirektor Schmid erstattetes Referat folgende Richtlinien für die von kleineren Städten und Landgemeinden bei der bevorstehenden Revision der Gemeinde- und Bezirksordnung geltend zu machenden Wünsche aufgestellt:

1. Ein Bedürfnis zur Durchführung dringlicher Reformen im Gemeinde- und Bezirksrecht liegt nicht vor. Es ist zu begrüßen, daß die Regierung die aufgeregten Zeiten der Inflation und politischen Hochspannung bis 1924 verstreichen ließ und für die Neubearbeitung der Gemeinde- und Bezirksordnung geeignete staats- und wirtschaftspolitische Zustände abwartete, um das wichtige Gesetzgebungswerk in Ruhe gründlich und sorgfältig vorbereiten zu können.

2. Zur Ermöglichung einer gedeihlichen Entwicklung der Gemeinden ist das Selbstverwaltungsrecht derselben auszubauen und zu schützen. Zur Sicherung des Selbstverwaltungsrechts sind die viel zu weit ins einzelne gehenden Vollzugsvorschriften zur Gemeinde- und Bezirksordnung einzuschränken, weiter ist auf die Aufhebung des Besoldungssperregesetzes und der Besoldungsvorschriften für Körperschaftsbeamte, welche einer freien, den örtlichen Dienstverhältnissen angepaßten Besoldungspolitik entgegenstehen, hinzuwirken und die Begrenzung des Gemeindeumlagesatzes entschieden abzulehnen. Das Mittel der Rechtsbeschwerde ist gegen höchstinstanzliche Verwaltungsverfügungen zu erweitern.

3. Die Vorschriften für die staatliche Kommunalaufsicht sind auf das Maß zu beschränken, welches dem Prinzip Rechnung trägt, daß an die Stelle der verantwortlichen Leitung von oben die Selbstständigkeit der Gemeinde tritt. Insbesondere ist eine freierliche Gestaltung der für die Vermögensverwaltung der

Gemeinden bestehenden beengenden Vorschriften zu fordern. Die Prüfung der Gemeindevoranschläge ist auf die Gesetzmäßigkeit und rechnerische Richtigkeit der Aufstellung zu beschränken; die Beanstandung von Ausgabenposten, die auf gesetzmäßigen Beschlüssen beruhen, hat zu unterbleiben. Eine Nachprüfung der Beschlüsse und Verfügungen der Gemeinden lediglich auf ihre Zweckmäßigkeit hin ist allgemein abzulehnen.

4. Bei der Unterscheidung zwischen Grundstoffsvermögen und Wirtschaftsmitteln ist der durch die Inflationswirkungen geschaffenen Vermögenslage der Gemeinden, sowie der starken Inanspruchnahme der Steuerzahler im Sinne einer Entlastung der laufenden Verwaltung Rechnung zu tragen. Es ist zu fordern, daß die Verfügung über Wirtschaftsmittel jeglicher Art in das freie Ermessen der Gemeinde gestellt wird. An der seit heriger Grundform der Rechnungs- und Kassenführung ist festzuhalten, die Rechnungsprüfung ist zu vereinfachen.

5. Der auf Grund des Ermächtigungsgesetzes durch Verordnung des Staatsministeriums vom 29. März 1924 hergestellte Art. 3a der Gemeindeordnung, welcher die zwangsweise Eingemeindung dem Verordnungsweg überträgt, ist wieder aufzuheben. Der gesetzliche Zwang zu kooperativen Vereinigungen muß auf Fälle beschränkt bleiben, wo er im dringlichen Interesse des Gemeinwohls unvermeidlich ist. Es besteht kein ausreichender Grund, die Organisationsgewalt des Staats von der Gesetzgebung auf die Verwaltung zu verlegen. Die Verfassung und Verwaltung zusammengefügter Gemeinden ist zu vereinfachen, wobei die Besonderheit ökonomischer und überlieferter Rechtsverhältnisse von Teilgemeinden zu berücksichtigen ist.

6. Die Rahmengen für die Gemeinderatsmitglieder sind herabzusetzen; die Ausübung des Gemeindevahlrechts ist von einer mindestens einjährigen Wohnzeit in der Gemeinde abhängig zu machen. Der Aufgabenkreis der Ortsvorsteher erheischt eine bessere Sicherstellung der zeitlich gewählten Ortsvorsteher. Der Gemeinderat soll kraft Gesetzes in den Gemeinderat als beratendes Mitglied aufgenommen werden.

7. Die Herausnahme großer und mittlerer Städte aus dem Amtsratsverband ist entschieden abzulehnen, da sie die Lebensfähigkeit des Rumpverbandes in Frage stellen, gegen die

übri gen Gemeinden ein schweres Unrecht bedeuten und die Gegenseite zwischen Stadt und Land verschärfen würde. Die willkürliche Aufhebung einzelner Oberamtsbezirke mit vorzugsweise kleinen Oberamtsstädten ist abzulehnen. Die Aufhebung eines Oberamtsbezirks läßt sich nur rechtfertigen, wenn Bezirksgemeinden auf Antrag nach wirtschaftlichen und verkehrsmäßigen Gesichtspunkten eine anderweitige Bezirksaufteilung erfahren haben und die Größe und Leistungsfähigkeit der resultierenden Gemeinden nicht ausreicht, die Bezirksorganisation, insbesondere den wirtschaftlichen Verband der Amtskörperschaft zu tragen.

8. In der Amtsversammlung ist jeder Bezirksgemeinde eine stimmberechtigte Vertretung einzuräumen, die Höchstzahl der Amtsversammlung ist auf 50 zu erhöhen. Die einer Gemeinde zugubilligende Höchstzahl von Vertretern ist von 2 Fünftel auf ein Viertel, mindestens ein Drittel sämtlicher Mitglieder herabzusetzen, weil sonst unter Umständen das Zustandekommen eines gesetzlich Zweidrittelmehrheit erfordernden Beschlusses durch eine Gemeinde aufgehalten werden kann. Gegen die Aufrechterhaltung der gesetzlichen Bestimmung des Oberamtsvorstands zum Vorsitzenden der Amtsversammlung ist nichts einzuwenden. Mit Entschiedenheit ist dagegen Stellung zu nehmen, daß für Beschlüsse der Amtsversammlung das Erfordernis einer größeren als der absoluten Mehrheit der abgegebenen Stimmen auf weitere als die bereits gesetzlich bestimmten Fälle ausgedehnt und einzelnen Gemeinden gegen rechtsmäßige Beschlüsse ein Einspruchsrecht eingeräumt wird. Die Zuständigkeit der Amtsversammlung ist auf die wichtigsten Gegenstände einzuschränken und dafür diejenige des Bezirksrats zu erweitern.

9. Die Zahl der Bezirksratsmitglieder ist von 6 auf 10 zu erhöhen. Die Wahl derselben erfolgt durch die Amtsversammlung u. a. sind 6 aus ihren Mitgliedern und 4 aus der Mitte der nicht der Amtsversammlung angehörenden Gewerbetreibenden, Landwirte und Arbeitnehmer zu wählen, wobei jede dieser drei Berufsgruppen Berücksichtigung finden muß. Die Ausdehnung der bei Besetzung der Bezirksratsstellen den Gemeinden I. Klasse eingeräumten Vorzugsstellung ist abzulehnen. M.

Calw.

Grundstücksverpachtung.

am Freitag, den 9. Oktober 1925, nachm. 8 Uhr im Rathaus.
46 ar Acker an dem Muckberg,
47 ar Wiese an der Altbürger Steige.
Den 5. Oktober 1925.

Stadtsiege.

Gütlingen O.A. Nagold.

Das Richten von 1000—1200, in den Gemeindefeldern Hardt und Hohlsteinberg lagernden und nächstes Frühjahr zur streckenweisen Neupflasterung der Ortskandel zu verwendenden

Pflastersteinen

(Kosandstein aus Findlingen) wird nächsten Donnerstag, den 8. Oktober, nachmittags 6 Uhr auf dem hiesigen Rathaus im öffentlichen Abstreich vergeben, wozu Liebhaber eingeladen werden. Wintergeschäft für Pflasterer.
Den 3. Oktober 1925.

Schultheißenamt: Widmann.

Sommenhardt.

Bergebung von Bauarbeiten.

Zum Wohnhausneubau des Jacob Günthner, Schuhmachermeister, sind die

Grab-, Betonier-, Maurer- u. Steinhauer-, Zimmerei-, Flaschner-, Schmied-, Gipser-, Schreiner-, Glaser-, Schlosser- und Anstrich-Arbeiten

im Submissionsweg zu vergeben.

Die Unterlagen sind beim Bauherrn zur Einsicht aufgelegt und wollen Angebote bis

Samstag, den 10. Oktober, nachm. 2 Uhr daselbst eingereicht werden.

Calw, den 4. Oktober 1925.

Kohler, Architekt.

Dr. Pfeilsticker

zurück

Sprechstunden Werktags 10¹/₂—1 Uhr

Oberkollwangen.
Eine fehlerfreie

Kalbin

mit 4 Wochen altem Kuhkalb sehr dem Verkauf aus Ulrich Förcher, Baumwart.

Seidenpapier

in Bogen in allen Farben
Ernst Kirchherr,
Buchhandlung.

Möbl. Zimmer zu vermieten.

Von wem, sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

Auf 15. Oktober

möbl. Zimmer zu mieten gesucht.

Angebote an die Geschäftsstelle ds. Bl. unter 3. 232.

Ev. Volksbund, Ortsgruppe Calw.

Freitag, 9. Oktober, 8 Uhr im Bad. Hof

Familienabend

„Unsere Schwarzwaldheimat“

Lichtbilder (Forstmeister Feucht-Leinach).

Skizzen aus dem Leben (Frau Gertrud Faust)

In der Pause wird Tee gereicht.

Die Mitglieder und Freunde lädt herzlich ein

S. A.: Stadtpfarrer Lang.



Hirsau

Café und Weinstube Boley

mit eigener Konditorei

Empfehle

neuen Kaiserstuhler

aus bester Lage

Ausschank von Süd- u. Flaschenweinen

Zwiebelkuchen, ff. Kondit rei- Gebäck

Verkauf auch über die Straße.

Wilhelm Boley, Besitzer.



Waschseide,
Woll-, Wasch- und Seidecrepe
empfiehlt

Frau Karl Eberhard Ww.

beim Städt. Waghäusle.

Fertige Anzüge

für Knaben von Mk. 6.— bis Mk. 50.—

für Burschen „ Mk. 30.— bis Mk. 80.—

für Herren von Mk. 35.— bis Mk. 125.—

in groß. Auswahl. Tadelloser Sitz, gute Verarbeitung

Auf Wunsch Teilzahlungen.

Paul Ränchle, am Markt, Calw.

Sch bin unter

Nr. 210

an das Fernsprechnetz
angeschlossen.

Reichert

an der Brück.

Ziehung garantiert 22. Okt. 1925

Überlinger Münster-

Geld-Lotterie

2393 Geldgewinne = Mark

16000

6000

5000

1000

4000

6000

Lose 1 M.

Überlinger Münsterbau-

Porto und Liste extra 25 Pf.

Eberhard Feitzer

Stutgart, Friedrichstr. 56

Lose-General-Vertrieb

Postfach 6413, Stuttgart 4413

Hier bei allen Verkaufsstellen

Verkauf

einen Kleiderkasten,

zwei Betten, ein

größeres Bettläble,

einen Nachttisch,

eine Nähmaschine,

einen großen weißen

Teppich und einen

Koffer.

Näheres in der Geschäfts-

stelle ds. Bl.

Ausgeplünderte Sparer!

Betrogene Rentner!

Am Sonntag, den 11. Oktober, nachmittags 4 Uhr findet im „Badischen Hof“ in Calw eine

öffentliche Versammlung

statt, in welcher Herr Rechtsanwalt Kircher aus Ludwigsburg sprechen wird über den gegenwärtigen Stand der Aufwertungsfrage.

Alle Inhaber von Kriegaanleihen, Sparguthaben, Hypotheken, Pfandbriefen, Lebensversicherungen usw. werden eingeladen.

Eintritt frei!

Erscheint in Massen!

Württemberg. Hypotheken- Gläubiger- u. Sparer-Verband Ortsgruppe Calw.

Calw.

Tanz-Abend

am Dienstag, den 6. Oktober 1925,
abends 8 Uhr im Festsaal des
„Bad. Hof“ in Calw

GERDA RANDOLF

Tanzschöpfungen nach Vertonungen von Strauß,
Popy, Metras, Brahms und Grieg.

MITWIRKUNG: Kurt Werner, Opernsänger und
Schauspieler, Werke von Leoncavallo, Schumann
Hermann Wolf, Pflanzler.

Klavierbegleitung: Frau Elly Kienast-Berlin.

Eintrittskarten im Vorverkauf zu Mk. 2.—, Mk. 1.50
(numm.) und Mk. 1.— (offen) in der Buchhandlung
Fr. Häußler und an der Abendkasse.

Saalöffnung 7¹/₂ Uhr. Saalöffnung 7¹/₂ Uhr.

Klassen-Lotterie

1/8 Los 3, 1/4 Los 6 M.

bei Freizeit

Wing, Marktpl.

NB. Bei der letzten V. Kl.

fielen Gewinne in meine

Kollekte: M. 5000 Nr.

11775; M. 500 Nr. 177169;

M. 300 Nr. 45159, 45748,

189268; M. 150 auf Nr.

9863, 9877, 44597, 44641,

45157, 45747, 45748, 45812,

175525, 175527, 175534,

175535, 176325, 176326,

176327, 200472, 229357.

Rechnungen

Briefbogen

stelltrasch u. billigerdie

Tagblatt-Druckerei.

Neue Fahrpläne und Kursbücher

vorrätig in der
Buchhandlung
Häußler.

Verkaufe ein Paar schöne
fehlerfreie



Zugtiere

Chr. Rometsch,
Altbula ch.